

Die Bundesregierung unterstützt diesen Vorschlag im Grundsatz. Der Vorschlag der Kommission berücksichtigt derzeit aber nicht die Verordnungen für Beleuchtung/Lampentechnik. Die Bundesregierung setzt sich daher dafür ein, dass auch diese Produktgruppen von der horizontalen Verordnung zu Toleranzen erfasst werden.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Waffenembargo gegen Saudi-Arabien, für das sich das Europäische Parlament am 25. Februar 2016 in einer Resolution zur Lage im Jemen ausgesprochen hat, und gibt es bzw. wird es Beschränkungen für Rüstungsexporte an Saudi-Arabien (bitte konkretisieren, falls ja) geben?

Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein
vom 29. März 2016

Bei der am 25. Februar 2016 beschlossenen nicht-legislativen Entschliebung des Europäischen Parlaments handelt es sich um eine politische Willensäußerung an die Adresse der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die die Bundesregierung sehr ernst nimmt. Eine rechtliche Verpflichtung für die Mitgliedstaaten ergibt sich daraus jedoch nicht.

Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive Rüstungsexportpolitik. Entscheidungen werden jeweils im Einzelfall getroffen. Dabei werden alle Aspekte des jeweiligen Falls berücksichtigt, gewichtet und abgewogen. Grundlage sind die Politischen Grundsätze der Bundesregierung aus dem Jahr 2000, der Gemeinsame Standpunkt der EU aus dem Jahr 2008 und der Vertrag über den Waffenhandel. Der Beachtung der Menschenrechte wird bei Rüstungsexportentscheidungen ein besonderes Gewicht beigemessen.

Die Bundesregierung wird die weiteren Entwicklungen in Saudi-Arabien genau verfolgen und wie bisher im Rahmen ihrer Genehmigungspraxis berücksichtigen.

9. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft es zu, dass der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Türkei, Martin Erdmann, wegen eines knapp zweiminütigen Films über den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan aus der Fernsehsendung „extra 3“ bzw. der gemeinsamen Teilnahme am 24. März 2016 mit Bundestagsabgeordneten und diplomatischen Vertretern von EU-Staaten am Prozess gegen den türkischen Journalisten Can Dündar ins Außenministerium einbestellt